

# „Wir brauchen eine fundamental andere Politik“

Die Mitglieder der CDU „Schwarzwald-Baar/ Oberes Kinzigtal“ haben Thorsten Frei erneut zu ihrem Kandidaten für die Bundestagswahl 2025 nominiert. Insbesondere beim Thema Migration hat sich der parlamentarische Geschäftsführer zuletzt profiliert. Er sagt: In Deutschland gibt es einen Notstand.

VON SIMON ALLGEIER

■ **Herr Frei, vor gut einem Jahr haben wir uns in Achern zum Thema Asylpolitik ausgetauscht. Damals haben Sie die Abschaffung des individuellen Asylrechts zugunsten einer Kontingenzlösung gefordert. Fühlen Sie sich heute beim alles dominierenden Thema Migration bestärkt in ihrem frühen Vorpreschen?**

Aus meinem Vorschlag im Sommer letzten Jahres hat sich durchaus etwas entwickelt. Wir haben ihn ins Grundsatzprogramm der CDU aufgenommen, das im Mai in Berlin verabschiedet wurde. Es geht darum, dass der Staat die Kontrolle über das Migrationsgeschehen wieder zurückgewinnt. Dafür wollen wir eine Sichert-Drittstaaten-Regelung durchsetzen, die es vertraglich ermöglicht, in sicheren Drittstaaten jenseits Europa sowohl die Verfahren, als auch die Schutzgewährung durchzuführen. Und im Gegenzug wollen wir Kontingente besonders schutzbedürftiger Menschen nach Deutschland und Europa holen, um auf diese Weise auch dem humanitären Anspruch besser als aktuell gerecht zu werden.

■ **Sie haben sich auch für die Zurückweisungen an der Grenze stark gemacht. Inzwischen ist die Rede von reinem Aktionismus. Schleuser werden wohl kaum gefasst, dafür werden Pendler und Züge ausgebremst. Wie lange wollen Sie an den Kontrollen festhalten.**

So kurz wie möglich. Was die Bundesregierung richtigerweise gemacht hat, sind Grenzkontrollen zu allen neun Nachbarländern Deutschlands. Allerdings viel zu spät. Was sie nicht gemacht hat, Zurückweisungen anzuordnen. Das ist aber, was wir fordern. Nämlich dass diejenigen, die aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat nach Deutschland kommen wollen, obwohl sie dort schon einen Asylantrag gestellt haben oder ihn dort stellen könnten, dass diese Menschen nicht einreisen dürfen. Heute ist es so, dass sie nach Deutschland kommen, das Wort Asyl sagen und – das legen die Fakten nahe – dann auch unabhängig vom tatsächlichen Schutzstatus dauerhaft bleiben.

■ **Die Löcher sind Ihnen also noch zu groß, weil, wer illegal einreisen möchte, dies entweder an einem anderen Grenzübergang versucht, oder nach wie vor einen Asylantrag stellen kann und dann in eine Landeserstaufnahmeeinrichtung gebracht wird?**

Ganz genau. Und das ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung. Wenn jemand an der deutsch-schweizerischen oder deutsch-französischen Grenze steht und nach Deutschland möchte mit dem Wunsch, dort Asyl zu beantragen, dann muss man sagen: Das geht nicht. Weil er längst in der Schweiz, Frankreich oder einem anderen europäischen Land hätte Asyl beantragen können. Man muss mit dieser Situation auch kein Problem oder Mitleid mit den Menschen haben, weil man in der Schweiz und in Frankreich, um bei den beiden Beispielen zu bleiben, genauso sicher und gut leben kann, wie in Deutschland. Das Asylrecht soll Schutz vor Verfolgung, Tod und Folter bieten. Es ist aber kein Recht, sich das Land, in dem man leben möchte, selbst aussuchen zu können.

■ **Besteht aber nicht die Gefahr, dass wir das Jahr 2015 wiederholen, weil wir uns nicht mit unseren EU-Partnern zur Asylpolitik abstimmen und international Porzellan zerschlagen?**

Ich bin sehr dafür, dass wir uns fortlaufend mit unseren Nachbarländern und Partnern abstimmen und absprechen. Das ist im Übrigen etwas, was die meisten anderen europä-

ischen Länder nicht tun. Im Grunde genommen haben wir eine Situation, bei der die Regeln von Dublin III konsequent missachtet werden. Entweder offen, so wie es beispielsweise Italien macht, oder verdeckt, wie es beispielsweise Griechenland oder Bulgarien machen, indem man vordergründig zu seinen Verpflichtungen steht, aber administrative Hürden aufbaut, die im Ergebnis dazu führen, dass das Recht doch vereitelt wird. Nach der Dublin-III-Verordnung muss man einen Asylantrag in dem Land stellen, in dem man erstmals europäischen Boden betritt. Es dürfte also eigentlich kaum jemanden geben, der nach Deutschland kommt, um hier Asyl zu beantragen, insbe-

sondere nicht über eine Landgrenze.

■ **Brauchen wir dann nicht wieder Auffanglager wie Moria, die dann wieder in die Schlagzeilen kommen wegen Überfüllung und humanitär fragwürdiger Bedingungen?**

Zuerst muss man fragen, ob Recht gilt oder nicht und ob man sich daran hält oder nicht. Ich plädiere sehr dafür, sich an das geltende europäische und auch deutsche Recht zu halten. Wer etwas anderes möchte, muss das Recht ändern und darf sich nicht einfach anders verhalten. Allein im Jahr 2023 gab es 75.000 Dublin-Verfahren, in denen man festgestellt hat, dass ein anderes europäisches Land zuständig ist. Tatsächlich gab es aber nur 5053 Rücküberweisungen in diese Ersteintrittsländer in Europa. Daran kann man sehen, dass das System grundsätzlich nicht funktioniert. So etwas wie in Moria muss es nicht geben. Mit dem neuen gemeinsamen europäischen Asylsystem hat man Außenverfahren etabliert und will

etwa 30.000 Plätze an den Außengrenzen schaffen. Es muss selbstverständlich sichergestellt werden, dass das nach vernünftigen rechtsstaatlichen Kriterien erfolgt.

■ **Haben wir tatsächlich in Deutschland einen sicherheitspolitischen Notstand, der die Grenzkontrollen rechtfertigt?**

Es geht nicht nur um einen sicherheitspolitischen Notstand. Rechtlich stellt es sich so dar, dass nach nationalem Recht Zurückweisungen nicht nur erlaubt, sondern geboten sind. Im Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes steht, dass sich jemand nicht auf das Asylrecht berufen kann, wenn er aus einem EU-Mitgliedsstaat oder einem anderen sicheren Drittstaat kommt.

Das trifft auf alle unserer neun Nachbarländer zu. So ziemlich das Gleiche steht in Paragraph 18 des Asylgesetzes. Beides wird überlagert durch das europäische Recht, die Dublin-III-Verordnung. Und es gibt den Artikel 72 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In dem steht, dass durch keine europäische Regelung der Kernbestandteil nationaler Souveränität beeinträchtigt werden darf. Das alles sind Fragen der öffentlichen Ordnung, der inneren Sicherheit, und dabei geht es nicht nur um klassische Sicherheitsfragen. Es geht beispielsweise darum, dass wir einen deutlichen Anstieg der polizeilichen Kriminalitätsstatistik haben. Es geht aber auch darum, dass in Deutschland 800.000 Wohnungen fehlen nach Auskunft des Städtetages, dass etwa 25.000 Lehrerstellen nicht besetzt werden können, dass etwa 400.000 Kita-Plätze fehlen und dass man auf einen Sprach- oder Integrationskurs etwa ein Jahr warten muss ...

■ **Sie sprechen die Überforderung der Kommunen an, wenn es darum geht, die Infrastruktur für die Menschen bereitzustellen.**

Genau. Man kann ganz offen sagen, dass die Integrationsmöglichkeiten mit der tatsächlichen Migration nicht mehr Schritt halten können. Deshalb sind die Voraussetzungen für Zurückweisungen nach unserer Einschätzung gegeben.

■ **Sie vertreten als ehemaliger Oberbürgermeister von Donaueschingen seit 2013 den Wahlkreis Schwarzwald-Baar/ Oberes Kinzigtal. Welche Rückmeldung aus den Kommunen auch aus der Ortenau bekommen Sie? Ist Migration tatsächlich das Überthema,**

durch die schlechte Wirtschaftslage reduzieren. Natürlich hat das auch bei uns in der Region Auswirkungen. Zum ersten Mal seit 2003 schrumpft zwei Jahre in Folge die Wirtschaft. Das gab es nur zweimal in der Geschichte der Bundesrepublik. Unsere Wirtschaft ist letztes Jahr um 0,3 Prozent geschrumpft und wird dieses Jahr mutmaßlich um 0,1 Prozent schrumpfen. Damit sind wir Schlusslicht unter den G7-Staaten, Schlusslicht unter den EU-Mitgliedsstaaten und Schlusslicht unter den OECD-Industriestaaten. Deshalb müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, warum eigentlich alle wachsen, nur wir nicht.

■ **Auch diese Fragen haben mutmaßlich bei den Landtagswahlen im Osten vor Kurzem zu politischen Verwerfungen geführt. Sie sehen plötzlich Schnittmengen mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht bei Themen wie der Migration. Was verheißt das für 2025 möglicherweise anstehende Koalitionsverhandlungen?**

Eine Koalition auf Bundesebene mit dem BSW kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Die würde sicherlich nicht an der Migrationspolitik scheitern, sondern daran, dass das BSW die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik fundamental infrage stellt. Es geht um Fragen der Westbindung, um Fragen des Schutzes Deutschlands und Westeuropas, es geht um die NATO-Mitgliedschaft und wie man generell beim BSW mit der regelbasierten Ordnung Europas und der Welt umgeht. Also einer Ordnung, die dazu geführt hat, dass wir seit knapp 80 Jahren in Frieden, Freiheit und Wohlstand zusammenleben. Es geht darum, wie das BSW mit dem russischen Aggressionskrieg in der Ukraine umgehen möchte. Das sind grundlegende politische Fragen, bei denen wir ganz sicher nicht zusammenkommen und die so wesentlich sind, dass eine Koalition oder eine Zusammenarbeit auf Bundesebene sicherlich unmöglich ist.

■ **Und die Grünen? Sind die nach wie vor für Sie eine Option?**

Ich bin immer vorsichtig, Parteien vorab auszuschließen. Damit man am Ende zu Koalitionen kommt, braucht es immer eine inhaltliche Schnittmenge. Derzeit ist eine Koalition mit den Grünen kaum vorstellbar, weil sie etwa bei der Migrationspolitik, aber auch in der Wirtschafts- und Energiepolitik – Stichwort Heizungsgesetz – diametral andere Positionen vertreten als wir. In den Augen der Menschen sind das aber zentrale Fragen. Ich glaube, dass dies entscheidende Wachstumshemmnisse in unserem Land sind. Deshalb bräuchten wir eine fundamental andere Politik, und wenn das mit den Grünen nicht durchsetzbar ist, kommen sie auch als Koalitionspartner nicht infrage.

■ **Die Zahl der Parteien, die noch als Koalitionspartner für Sie infrage kommen, sinkt auf jeden Fall. Neben Merz sind Sie aktuell einer der führenden und prominentesten Politiker der Union. Haben Sie schon einen Ministerposten im Blick für den Fall, dass die CDU 2025 wieder an die Macht kommt?**

Überhaupt nicht. Ich würde es für einen Riesenfehler halten, wenn wir jetzt in einen Modus kämen, der suggerieren würde, die nächste Bundestagswahl wäre schon gewonnen. Das ist sie natürlich nicht. Es ist noch ziemlich genau ein Jahr bis dahin, und wir sind gut beraten, unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, diese Wahl zu gewinnen. Das schaffen wir nur, wenn wir in den Augen der Menschen bessere und vor allem glaubwürdigere Konzepte anbieten, wie die aktuellen Herausforderungen zu lösen sind. Das wird kein Selbstläufer, da mache ich mir keine Illusionen.

■ **Die Bürgermeister und die Menschen bewegt?**

Für die Bürgermeister aller 25 Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis ist Migration ein großes Thema, wie es auch weit darüber hinaus für das ganze Land gilt. Unsere Städte und Gemeinden sind enorm leistungsfähig, haben aber eine Menge an Herausforderungen zu bewältigen, von denen die Migration nur eine ist. Es wäre falsch, wenn die ganze Tagespolitik von dem einen Thema überlagert würde. Es geht auch darum, dass wir auf Bundesebene die Voraussetzungen schaffen müssen, dass kommunale Selbstverwaltung, die immer auch von den finanziellen Möglichkeiten abhängt, auch gewährleistet werden kann. Zum ersten Mal seit 2011 haben wir die Situation, dass die Kommunen einen negativen Finanzierungsaldo haben. Das stellt viele Kommunen vor ganz praktische Herausforderungen, weil die Ausgaben nicht so schnell angepasst werden können, wie sich die Einnahmen



Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Thorsten Frei, sieht die öffentliche Ordnung durch eine ungebremsste Einwanderung in Gefahr.

Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa